

Von der Dominanz zur Hegemonie: Die US-amerikanische Nahostpolitik

LUDWIG WATZAL

Das Für und Wider einer jüdischen Heimstätte auf dem Boden Palästinas beschäftigte nicht nur die britische Regierung, sondern auch die US-Administrationen seit Beginn des 20. Jahrhunderts. Schon Präsident Woodrow Wilson sah in der Rückkehr der Juden nach Zion die Erfüllung der Propheten. Stellte zwar die Balfour-Erklärung die Geburtsurkunde des jüdischen Staates dar, darf der Einsatz der US-Regierung zum Gelingen dieses Projektes nicht unterschätzt werden. Die Linie der Befürworter und Gegner verlief mitten durch die US-Administration. Stand der US-Kongreß dem Projekt eher positiv gegenüber, zählte das Außenministerium zu dessen Gegnern. So unterstützte der 67. US-Kongreß in der Resolution Nr. 73 vom 21. September 1922 die Schaffung einer jüdischen Heimstätte, was aber nicht auf Kosten der christlichen und arabischen Bevölkerung gehen dürfe. In seinem Schreiben vom 5. April 1945 an den König von Saudi-Arabien betonte US-Präsident Franklin D. Roosevelt, daß er keine Entscheidung mittragen werde, die gegenüber der arabischen Bevölkerung feindlich sei. Diese Haltung änderte sich aber unter Präsident Harry S. Truman, der den britischen Premierminister Clemens Attlee am 3. und 10. Oktober 1946 intensiv bedrängte, der Aufnahme jüdischer Flüchtlinge aus Europa zuzustimmen. Auch warfen die USA ihr weltpolitisches Gewicht in den Vereinten Nationen in die Waagschale, als diese 1947 über die Teilung Palästinas befanden. Die USA unter Truman waren es auch, die am 14. Mai 1948 Israel als erster Staat anerkannten.

Seither unterhalten Israel und die USA engste bilaterale Beziehungen. Mehr noch: Israel stellt einen Teil des US-amerikanischen nationalen Interesses dar. Die Sicherheit Israels ist eine der obersten Prioritäten der US-Außenpolitik. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges konnten Franzosen und Engländer ihre kolonialen Positionen nicht länger aufrechterhalten. Die USA traten auch im Nahen Osten an deren Stelle, nachdem Israel zusammen mit Frankreich und Großbritannien Gamal Nasser im Suezkrieg von 1956 nicht stürzen konnte. Der Nationale Sicherheitsrat der USA wies Israel bereits 1958 die Rolle eines Alliierten gegen den arabischen Nationalismus zu. Gemäß dem britischen Herrschaftsmodell der „indirect rule“ sollte die US-Politik auf einer „arabischen Fassade“ aufbauen. John Foster Dulles zufolge mußte diese „arabische Fassade“ schwach und abhängig sein, und die USA durften niemals die Kontrolle verlieren. Als „Polizisten“, die die US-amerikanische Position vor Ort unterstützen sollten, kamen die nichtarabischen Staaten Iran, Pakistan, Israel und Türkei in Frage. Ihnen wurde die Rolle zugewie-

sen, jede Form von internen Unruhen in Form von nationalen Erhebungen niederzuschlagen. Insbesondere in den nationalen Befreiungsbewegungen sah man ein destabilisierendes Element. Sie galten generell als „kommunistisch“ infiltriert und sollten überall bekämpft werden. Im Sechs-Tage-Krieg vom Juni 1967 brachte Israel den arabischen Staaten eine vernichtende Niederlage bei und erfüllte damit seine Mission als „Bollwerk der westlichen Zivilisation“.

Dieses Ereignis stellte einen Wendepunkt in den bilateralen Beziehungen dar. Fortan wurde Israel für das geostrategische Denken der USA unverzichtbar. Ihr Verhältnis hat sich seither stetig vertieft. Die Sicherung der Ölquellen, die Stabilisierung US-freundlicher Regimes und die Aufrüstung Israels zur stärksten Militärmacht in der Region waren für die USA prioritär. Es galt, den wachsenden Einfluß der Sowjetunion einzudämmen. Henry Kissinger richtete erst als Sicherheitsberater unter US-Präsident Richard Nixon und später als US-amerikanischer Außenminister die Politik der USA noch stärker auf Israel aus und betonte in den 1970er Jahren, daß der Nahe Osten wie Lateinamerika Domänen der USA seien, Europa und Japan sollten sich diesen Regionen diplomatisch „fernhalten“. Im Jahr 1971 brachte Kissinger den Rogers-Plan zu Fall, der auf der UN-Resolution 242 basierte. In dieser Resolution sprach sich der UN-Sicherheitsrat gegen einen Gebietserwerb durch Krieg aus. Israel wurde darin aufgefordert, sich aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen. Gleichzeitig wurden die Souveränität und territoriale Integrität aller Staaten der Region betont.

Der von UN-Vermittler Gunnar Jarring unterbreitete Rogers-Plan sah vor, die Blockade von UN-Resolutionen durch die USA zu umgehen. Israel sollte sich im Gegenzug für Frieden auf die Grenzen von 1967 zurückziehen. Der ägyptische Präsident Anwar el-Sadat nahm diesen Plan an, Israel dagegen lehnte ab. Seither besteht die gemeinsame amerikanisch-israelische Verweigerungshaltung, die sich in zahlreichen Vetos der USA zugunsten Israels in den Vereinten Nationen zeigt. Beide Staaten haben eine internationale Konferenz über den Nahen Osten unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und unter EU-Beteiligung bis heute erfolgreich verhindert. Man wollte nur bilateral verhandeln, was dann schließlich auch gelungen ist. Nachdem Ägypten aus der arabischen Front herausgebrochen war, konnte Israel gefahrlos seine Siedlungspolitik fortsetzen. Sofort nach Unterzeichnung des Camp David-Abkommens 1978 beschloß die israelische Regierung eine Intensivierung ihrer Siedlungspolitik. Seitdem haben die USA jede UN-Initiative, die auf einer authentischen Interpretation der Resolution 242 fußte, durch ihr Veto blockiert.

Zu dieser einseitigen Ausrichtung der US-amerikanischen Nahostpolitik haben zu einem großen Teil der US-Kongreß und die amerikanisch-jüdische Lobby beigetragen. Ihr Einfluß auf Senat und Kongreß ist erheblich. Zahlreiche Interessengruppen wie das 1951 gegründete American Israel Public Affairs Committee (AI-

PAC) oder die zahlreichen pro-israelischen Political Action Committees (PACs) beeinflussen insbesondere die Mitglieder beider Häuser des US-Kongresses. Ihre Zusammenarbeit mit anderen politischen Interessengruppen verstärkt noch deren Einfluß. Die Schlagkraft der Lobby-Gruppen wird zudem dadurch erhöht, daß sie quasi „single issue“-Bewegungen sind, deren einziges Ziel es ist, die Interessen Israels wirkungsvoll in den USA zu vertreten. Insbesondere unter der Präsidentschaft von Bill Clinton wuchs ihr Einfluß überproportional. Wie sich die Macht des Kongresses („divided government“) auf die Außenpolitik auswirken kann, zeigt die Tatsache, daß am 9. Mai 1995 gegen den Willen Präsident Clintons eine Gesetzesvorlage im Kongreß eingebracht und beschlossen wurde, in der bis zum 31. Mai 1999 die Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem verlangt wurde. Die Teilung der Macht zwischen Präsident und Kongreß trägt erheblich zur einseitigen pro-israelischen Ausrichtung der US-Nahostpolitik bei und führt zu einer Politik, bei der mit zweierlei Maß gemessen wird. Verstöße gegen das Völkerrecht der arabischen Staaten werden mit Militärschlägen geahndet, bei den permanenten Völkerrechtsverstößen Israels verhalten sich die USA ruhig bzw. belegen jede israelkritische UN-Resolution mit ihrem Veto. Diese Politik der doppelten Moral wird die ordnungspolitische Rolle der USA im Nahen Osten langfristig unterminieren.

„Strategische Kooperation“ zwischen USA und Israel

Nach dem Jom-Kippur-Krieg 1973 avancierte Israel zum größten Einzelempfänger US-amerikanischer Auslandshilfe. Und nach der Unterzeichnung des Camp David-Abkommens wurde die Militärhilfe erheblich erhöht, die seither auf konstant hohem Niveau verharrt. 1983 unterzeichneten beide Länder ein Abkommen über eine „Strategische Kooperation“, das die Gründung von drei gemeinsamen Arbeitsgruppen nach sich zog: „Joint Political Military Group“ (JPMG), „Joint Security Assistance Planning Group“ (JSAP) und „Joint Economic Development Group“ (JEDG). Durch diese gemeinsamen Arbeitsgruppen ist Israel an den wesentlichen Entscheidungen der USA in bezug auf die Auslandshilfe beteiligt.

Als „Schutzpatron“ Israels fühlen sich die USA seit langem für das wirtschaftliche Wohlergehen und die Sicherheit des Landes verantwortlich. Dies führte zu einer paradoxen Politik: Die USA versuchten einerseits eine Lösung des Konfliktes aufgrund des Prinzips „Land für Frieden“ zu erreichen, andererseits unterliefen die Regierungen Menachem Begins und Yitzhak Shamirs diese Bemühungen. Die unnachgiebige Haltung dieser beiden israelischen Ministerpräsidenten gegenüber US-amerikanischem Druck ist ein Indiz dafür, daß zwischen den USA und Israel kein einseitiges Abhängigkeitsverhältnis besteht. Die Israelis zementierten mit in-

direkter Unterstützung der USA den Status quo in den besetzten Gebieten. Ihre Siedlungen bauten sie mit dem Geld des US-amerikanischen Steuerzahlers. Selbst die massive israelische Technologiespionage in den USA und der Weiterverkauf von Raketen an Länder wie China, das zu Amerikas Feinden gehörte, veranlaßten die USA nicht zu Konsequenzen. Trotz intensiver israelischer Spionage in den USA unternahmen diese keinerlei Gegenmaßnahmen. Im Gegenteil: Die USA beliefern Israel weiter mit modernster Hochtechnologie. Präsident Jimmy Carter initiierte das Kontrollwaffenexportgesetz, in dem kritisiert wurde, daß Israel US-amerikanische Waffen nicht nur zur Selbstverteidigung einsetzte. Der US-Kongreß wurde aber nicht tätig. Auch verlangen die USA von Israel nicht, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen und seine Anlagen für Inspektoren zu öffnen. Israel lehnt dies bis heute ab. Dagegen wurde Ägypten gezwungen, diesen Vertrag zu unterzeichnen.

Die USA hatten es immer abgelehnt, mit der PLO Gespräche zu führen, solange die Organisation nicht das Existenzrecht Israels anerkannt hatte. Nachdem dies im November 1988 in Algier erfolgt war, nahmen beide Seiten direkte Gespräche auf. Der Stillstand im Nahen Osten in den 1980er Jahren wurde erst durch den Ausbruch der Intifada von 1987 überwunden. Sie bewirkte ein langsames Umdenken in Israel und den USA. Die US-amerikanischen Regierungen unter Ronald Reagan und George Bush (sen.) versuchten vergeblich, die Kontrahenten an den Verhandlungstisch zu bekommen. Erst mit der Besetzung Kuwaits durch Saddam Husseins Truppen kam wieder Bewegung in den Nahen Osten. Der ehemalige Partner und Freund der USA mutierte zum neuen Feindbild. Im ersten Golfkrieg zwischen Iran und Irak hatten die USA und Frankreich den Irak massiv aufgerüstet, weil er sich als nützliches Instrument gegen das Mullah-Regime einsetzen ließ. Als Saddam dann aus der „arabischen Fassade“ ausbrach und sich gegen Israel wandte, zogen die USA ihre schützende Hand über dem Diktator weg.

Nicht nur die Besetzung Kuwaits durch den Irak, sondern auch die Verknüpfung der Invasion mit der Besetzung der palästinensischen Gebiete durch Israel tangierte fundamentale Interessen der USA. Die USA ließen von Anfang an keinen Zweifel daran aufkommen, daß sie gewillt waren, die irakischen Truppen mit Gewalt aus Kuwait zu vertreiben. Alle Initiativen, die auf eine diplomatische Lösung hinausgelaufen wären, wurden letztlich von den USA zurückgewiesen. Sie waren eher gewillt, in einen Krieg zu ziehen, als internationale Bemühungen zur Lösung des israelisch-palästinensischen Problems zuzulassen.

Die USA sahen in der Verknüpfung des irakischen Überfalls auf Kuwait mit dem Palästina-Problem eine Gefahr für die Sicherheit Israels. 1990 hatte Saddam den USA den Vorschlag unterbreitet, seine chemischen und biologischen Waffen zu vernichten, wenn Israel bereit wäre, seine nicht-konventionellen Waffen ebenfalls zu zerstören. Das US-Außenministerium lehnte diese Verbindung zu fremden

Waffensystemen ab. Das Eingeständnis der Existenz israelischer Nuklearwaffen hätte die Frage nach der Rechtmäßigkeit der finanziellen Unterstützung seitens der USA für Israel aufgeworfen, da die US-Gesetzgebung aus den 1970er Jahren eine finanzielle Unterstützung von Ländern mit Atomwaffen verbietet. Nach der Vertreibung Saddam Husseins aus Kuwait proklamierte Präsident George Bush (sen.) die sogenannte „Neue Weltordnung“. Fortan stand die Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes ganz oben auf der Prioritätenliste der politischen Agenda der USA. Nur durch massiven Druck auf Yitzhak Shamir war Israel bereit, an der Madrider Friedenskonferenz vom 31. Oktober bis 1. November 1991 teilzunehmen. Mit Shamir war diese neue Weltordnung nicht zu realisieren, aber er stimmte der Formel „Land für Frieden“ zu. Zusammen mit der Sowjetunion waren die USA die Schirmherren dieser Konferenz, so wie der Zusammenbruch des Ostblocks und das Ende des Kalten Krieges den Waffengang gegen Saddam überhaupt erst ermöglichten.

Die Bush-Regierung wollte den starrsinnigen Shamir nicht länger als Ministerpräsidenten Israels akzeptieren und griff massiv in den israelischen Wahlkampf ein. Die USA weigerten sich, eine Zehn-Milliarden-Dollar-Kreditzusage für die Integration sowjetischer Juden freizugeben. Bei den Wahlen im Juni 1992 unterstützten sie offen Yitzhak Rabin, den Gegenkandidaten der Arbeiterpartei. Er gewann die Wahlen, aber auch die Tage der Bush-Administration waren gezählt. Ihre Ablösung erfolgte im Jänner 1993 durch Bill Clinton; mit ihm begann die einseitigste Phase in der US-amerikanischen Israelpolitik.

Bill Clinton: Der beste Freund Israels

Wie blind die Clinton-Administration die Politik Israels unterstützte, zeigte sich bei der Operation „Früchte des Zorns“ im Libanon durch Shimon Peres. Vom Beginn dieser Invasion an machte der US-Präsident klar, daß er die Hisbollah für die allein Verantwortliche hielt, obwohl Israel mit der „versehentlichen“ Tötung zweier Jugendlicher, die im Dorf Yatar einen Wassertank auf ihrem Haus installieren wollten, erst die Beschießung Nordisraels durch die Hisbollah provozierte. Jede Verurteilung durch die Vereinten Nationen wurde von den USA blockiert. Die Schuld am Tod von mehr als hundert Zivilisten in einem Lager der Unifil-Truppen wurde gar den Opfern selbst zugeschrieben. Bei seinem anschließenden USA-Besuch erhielt Shimon Peres von Clinton die US-amerikanische Absolution für die Invasion. Gleichzeitig versuchte der US-Außenminister Warren Christopher den syrischen Präsidenten Hafis al-Assad in Damaskus davon zu überzeugen, gegen die Hisbollah vorzugehen. Wie radikal sich die US-Politik unter Clinton gegenüber seinen Vorgängerregierungen geändert hatte, zeigt sich daran, daß die USA bei der

israelischen Libanon-Invasion von 1978 noch für die UN-Resolution 425 stimmten, in der ein israelischer Rückzug aus dem Libanon und die Einsetzung einer UN-Friedenstruppe, United Nations Interim Force in Lebanon (Unifil), beschlossen wurden. Auch das Völkerrecht wurde unter Clinton immer weniger geachtet. So lehnten alle früheren US-Regierungen bis zu George Bush (sen.) die einseitige Annexion Ost-Jerusalems und der Golan-Höhen sowie den Siedlungsbau als völkerrechtswidrig ab; für die Clinton-Regierung waren die Gebiete nicht mehr besetzt, sondern nur noch „umstritten“.

Seit dem Ende der Bipolarität verfolgte die Clinton-Regierung eine offene „hands off“-Politik gegenüber allen anderen möglichen Akteuren in bezug auf den Nahen Osten, insbesondere gegenüber Europa und den Vereinten Nationen; spätestens seit der Madrider Friedenskonferenz von 1991 sind die USA neben Israel zum zentralen Akteur im Nahen Osten geworden. Obwohl die USA immer darauf verweisen, das alle Streitfragen zwischen Israelis und Palästinensern ohne Einfluß von außen gelöst werden müßten, ziehen sie doch im Hintergrund die Fäden. Parallel dazu versucht Washington in den Vereinten Nationen, die Geschichte des Nahost-Konfliktes in seinem Sinn umzuschreiben. Insbesondere die ehemalige UN-Botschafterin und ehemalige US-Außenministerin Madeleine Albright betrieb diesen Umdeutungsprozeß mit großem Engagement. In einem Kommuniqué forderte sie von der UN-Vollversammlung die Zurücknahme von „obsoleten, strittigen und irrelevanten Resolutionen, die politische Differenzen betonen, ohne Lösungen zu fördern“. Diese Resolutionen, die den Kern des israelisch-palästinensischen Konfliktes enthalten, sollten „eliminiert“ werden. Würden sich die USA mit ihrer Ansicht durchsetzen, hieße dies, daß der bilaterale Konflikt nur noch machtpolitisch gelöst werden könnte, ohne die Berücksichtigung etwaiger Rechtspositionen.

Nachdem die USA 1993 von der Einleitung des Friedensprozesses ebenso überrascht worden waren, ergriffen sie bald wieder die Initiative. Im September 1993 wurde in Washington mit großen Pomp die „Prinzipienerklärung“ unterschrieben – die Schwierigkeiten begannen. Jetzt war immer wieder die „ehrliche Maklerrolle“ der USA gefordert. Diese spielten die USA eher schlecht als recht. Sie waren nie in der Position eines ehrlichen Maklers, sondern immer Partei Israels. Insbesondere nach der Wahlniederlage von Shimon Peres gegen Benjamin Netanyahu im Mai 1996 verschlechterten sich die bilateralen Beziehungen. Netanyahu verstand sich nicht mit Clinton und versuchte ihn politisch unter Druck zu setzen. Dazu traf er sich nicht nur mit Vertretern des US-Kongresses und Vertretern jüdischer Lobby-Gruppen, sondern auch mit Vertretern der „Christen für Israel“, einer fundamentalistischen Organisation, die die Expansions- und Siedlungspolitik Israels vorbehaltlos und kritiklos unterstützt. Pastor Jerry Falwell, führender Repräsentant der christlichen Fundamentalisten in den USA, bereitete Netanyahu einen begeisterten Empfang. Diese Fundamentalisten zählen zu den treuesten Freunden

des Ministerpräsidenten und unterstützen die Hardliner im US-Kongreß. Ihre Millionen-Dollar-Spenden fließen zum größten Teil in den israelischen Siedlungsbau.

Die Clinton-Regierung versuchte nicht nur, mit den Palästinensern, sondern auch mit Syrien einen Ausgleich zu erreichen. Unter der Rabin-Regierung wurden Syrien weitgehende Zugeständnisse gemacht, von denen Netanyahu nichts wissen wollte. Die USA waren aber nicht bereit, die Zusagen an Syrien öffentlich zu bestätigen. Unter Netanyahu kam es zu keiner Annäherung Israels an Syrien, weil Israel die Zusagen Rabins als nicht bindend betrachtete. Trotz massiver Vorbehalte gegenüber dem Osloer Friedensprozeß wurde Netanyahu von seiten der USA massiv unter Druck gesetzt, den Prozeß fortzusetzen. Er unterzeichnete im Jänner 1997 das Hebron-Protokoll und im Oktober 1998 das Wye-River-Memorandum. Mit Hilfe der USA gelang es ihm – trotz bereits gemachter Zusagen –, eine weitere Verbesserung der israelischen Position durchzusetzen. Aufgrund der Renitenz Netanyahus war die Clinton-Administration nicht unglücklich, als Netanyahu im Mai 1999 von Ehud Barak abgelöst wurde. Mit dem neuen israelischen Ministerpräsidenten glaubte Clinton, Arafat die Konzessionen abpressen zu können, die den Konflikt beendet hätten. Dieser Ansatz scheiterte jedoch.

Auch die Barak-Regierung verstieß unter Duldung der US-Regierung gegen die Normen des Völkerrechts. Clinton machte den Zickzackkurs Baraks mit und scheiterte mit seiner Nahostpolitik letztendlich völlig. Das Sharm al-Sheikh-Memorandum vom September 1999 war nur ein weiterer Aufschub der bereits im Interimsabkommen vom September 1995 zugesagten Abmachungen. Der Politik der Nichteinhaltung von Zusagen widersprachen die USA nicht.

Barak glaubte, mit Syrien schnell zu einer Einigung kommen zu können. Clinton tat alles, um den syrischen Präsidenten Assad davon zu überzeugen, mit seiner Zustimmung Barak aus einer politischen Verlegenheit zu helfen, was Assad zu Recht ablehnte. Nachdem dieser Versuch gescheitert war, wandten sich Barak und Clinton wieder den Palästinensern zu. Trotz erheblicher Bedenken und Warnungen seitens Arafats lud Clinton im Juli 2000 beide Konfliktparteien zu einem Gipfeltreffen nach Camp David ein. Die Zeit war aber dafür noch nicht reif. Dies ließ Arafat Clinton in einem Telefongespräch auch wissen; dieser lag jedoch schon ganz auf der Linie Baraks. Nach zweiwöchigen intensiven Verhandlungen gingen die Kontrahenten ohne Einigung auseinander. Der US-Präsident wies öffentlich Arafat die Schuld am Scheitern zu, wohl wissend, daß die „Konzessionen“ Baraks vorgetäuscht waren.

Insbesondere die einseitige Fixierung der USA auf israelische Sicherheitsinteressen trägt langfristig eher zur Destabilisierung der Region bei, weil sie nur der Dominanz und den hegemonialen Interessen Israels in der Region nützt. Beide, die USA und Israel, verhindern jeglichen Fortschritt in Richtung palästinensische Selbstbestimmung, indem sie die Bantustanisierung der Westbank als Lösung favorisie-

ren. Was bei einem Erfolg einer solchen Camp David-Strategie unter den gegebenen machtpolitischen Verhältnissen herausgekommen wäre, hätte nur ein weiteres Diktat Israels sein können, das den Palästinensern aufgezwungen worden wäre. Dies konnte Arafat zu Recht nicht akzeptieren.

Anstatt die Ursache des Scheiterns in der einseitigen Haltung der USA und Israels zu suchen, warf Clinton dem ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak am 29. August 2000 in Kairo bei einem ungeplanten Zwischenaufenthalt bei seiner Rückreise aus Afrika vor, er habe den PLO-Chef zu wenig unter Druck gesetzt. Die US-amerikanische Presse hatte sich schon kurz nach Camp David auf den ägyptischen Präsidenten eingeschossen. So erhob der Journalist Thomas Friedman am 1. August in der „New York Times“ in dem fiktiven Memo „Bill an Dear Hosni“ schwerste Vorwürfe gegen Mubarak und erinnerte ihn an die große finanzielle Unterstützung der USA: „Ich werde offen mit Ihnen sprechen. Sie bewegen sich auf dünnem Eis. ... Mehr und mehr Menschen fragen mich: Was erhalten wir durch unsere Beziehungen mit Ägypten, nicht zu vergessen die 30 Milliarden US-Dollar seit 1978?“

Clintons letzte Vorschläge

Clinton hat mit seiner einseitigen Ausrichtung auf Israel der Glaubwürdigkeit der USA in der arabischen Welt schweren Schaden zugefügt. Noch am 7. Jänner 2001 veröffentlichte Clinton seine Vorstellungen über eine Lösung des Nahost-Konfliktes. Diese in der Tat weitreichenden Vorstellungen hätten jedoch Jahre früher von Clinton zur Grundlage der US-amerikanischen Nahostpolitik gemacht werden müssen. Bei ehrlicher Umsetzung wäre eine Lösung des mehr als hundertjährigen Konfliktes möglich. Im einzelnen schlug der US-Präsident vor:

1. Es kann keine wirkliche Lösung des Konfliktes geben, wenn es nicht zur Gründung eines souveränen, überlebensfähigen Palästinenserstaates kommt, der die Sicherheitsinteressen und die demographische Realität Israels akzeptiert. Dies schließt die Souveränität über den Gaza-Streifen und den größten Teil der Westbank ein. Die Siedlungen sollen in Blöcken annektiert werden, wobei die größte Zahl der Siedler auf minimalstem palästinensischen Territorium betroffen sein sollte. Dabei muß ein überlebensfähiger, geographisch zusammenhängender Staat entstehen. Das Land, das annektiert werden soll, sollte so wenig Palästinenser beherbergen wie möglich. Um das Abkommen lebensfähig zu halten, muß ein Gebietsaustausch erfolgen.
2. Für die Flüchtlinge muß eine Lösung gefunden werden. Die Lösung sollte ihnen eine Rückkehr in den Palästinenserstaat erlauben, den sie ihre Heimat nennen können. „Alle Palästinenser, die in ihrer Heimat leben wollen, sollen die

Möglichkeit dazu haben.“ Die anderen, die sich für andere Staaten entscheiden, sollten dies tun können; und zwar auch in Israel. Alle Flüchtlinge sollten von der internationalen Staatengemeinschaft eine Entschädigung erhalten. Niemand kann von Israel verlangen, ein uneingeschränktes Rückkehrrecht der Flüchtlinge nach Israel zu akzeptieren. Wir können nicht erwarten, daß Israel eine Entscheidung trifft, die seine Existenz in Frage stellt. Die USA werden die Organisation der Finanzen übernehmen, die für die Neuansiedlung der Flüchtlinge benötigt wird.

3. Es wird keinen Frieden geben, solange Israel keine dauerhaften Sicherheitsgarantien erhält. Deshalb schlägt Clinton eine internationale Präsenz in Palästina vor, die die Sicherheit der Grenzen, das Jordan-Tal und die Umsetzung des Endabkommens überwacht.
4. Folgendes soll für Jerusalem gelten:
 - Die Stadt sollte offen, eine international anerkannte Hauptstadt zweier Staaten und nicht geteilt sein.
 - Was arabisch ist, sollte palästinensisch sein; oder will Israel auf Dauer Hunderttausende von Palästinensern regieren?
 - Was jüdisch ist, sollte israelisch sein; dies würden einen ungeahnten Aufschwung für das jüdische Jerusalem bedeuten.
 - Was für beide Parteien heilig ist, bedarf der besonderen Sorgfalt. Kein Friedensabkommen wird von Dauer sein, wenn nicht der gegenseitige Respekt für die Religion und die heiligen Stätten aller drei Religionen garantiert ist.
 - Jedes Abkommen verlangt von beiden Seiten diese schmerzhaften Kompromisse. Ergänzt werden muß dies noch durch eine vertrauensvolle Haltung zwischen den Israelis und den Palästinensern sowie von anderen Staaten der Region gegenüber Israel und der gesamten Region gegenüber Palästina.

Die USA können in diesem Konflikt nur dann wieder an Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn sie wirklichen Druck auf Israel ausüben. Ein solcher Druck müßte auch in bezug auf Jerusalem erfolgen, damit die Stadt zur Hauptstadt beider Völker werden kann. Die USA würden durch eine solche Politik ihr Ansehen in den Vereinten Nationen wieder aufbessern; jetzt lassen sie sie eher ihre Macht spüren, als daß sie dort als Sachwalter des Völkerrechts auftreten. Es zeichnet sich ab, daß der neue US-Präsident George W. Bush (jun.) nicht in den ausgetretenen Pfaden seines Vorgängers weitergeht, sondern wieder stärker originäre US-amerikanische Interessen in den Mittelpunkt stellt, als sich als Sachwalter einer regionalen Mittelmacht aufzuspielen. Sein Außenminister Colin Powell hat die israelische Regierung wegen ihres Einsatzes von schwerem Kriegsgerät wie Kampfpanzern, Kampfhubschraubern und F 16-Jagdbombern gegen wehrlose Palästinenser kritisiert. Trotzdem wird es zu keiner fundamentalen Kursänderung der US-amerikanischen Nahostpolitik kommen, die Innenpolitik der USA läßt eine solche wohl nicht zu.